# Wirtschaft fordert CDU und SPD zum Verzicht auf Ausbildungsabgabe auf

25.03.26 | Berlin

## Wirtschaft fordert CDU und SPD zum Verzicht auf Ausbildungsabgabe auf

Schirp: „Gemeinsam Bedingungen für den Nachwuchs verbessern“

Die Berliner Wirtschaft appelliert an die Regierungskoalition in Berlin, auf die geplante Ausbildungsplatzabgabe zu verzichten. „CDU und SPD stehen vor einer richtungsweisenden Entscheidung. Eine Absage an die Kopfgeburt Ausbildungsplatzabgabe wäre eine große Chance für die jungen Menschen auf eine Stärkung der dualen Ausbildung.“ Das sagte UVB-Hauptgeschäftsführer Alexander Schirp am Mittwoch in Berlin.

Die Wirtschaft stehe bereit, die im Bündnis für Ausbildung vereinbarten Punkte zusammen mit der Politik weiter umzusetzen und weiterzuentwickeln, fügte er hinzu. „Auf diese Weise wäre es möglich, das Angebot an Ausbildungsplätzen in Berlin weiter zu erhöhen. Allein in den vergangenen beiden Jahren gab es ein Plus von 1350 Verträgen - trotz extrem schwieriger Rahmenbedingungen.“

**Warnung vor jahrelangem juristischem Tauziehen**

Schirp warnte vor den Folgen einer Ausbildungsplatzabgabe. Ein Votum dafür bezeichnete er als „Affront gegenüber der Berliner Wirtschaft“. Die Zwangsabgabe würde vor allem jahrelangen Streit zwischen Betrieben und Verwaltung bewirken. „Komplexe Auslegungsfragen, Abgrenzungsprobleme und Einzelfallentscheidungen würden Anwälte und Richter beschäftigen. Damit verbunden wären ein unnötig hoher Aufwand für alle Beteiligten, Rechtsunsicherheit und tiefes Misstrauen.“ Ein erkennbarer Mehrwert stünde dem nicht gegenüber.

**„Noch viel Potenzial für die Ausbildung“**

Die Unternehmen wollten einen anderen Weg gehen, bekräftigte Schirp. „Die Berliner Wirtschaft steht zur Ausbildung und zur Sicherung der Fachkräftebasis. Gemeinsam mit Politik und Bildungsinstitutionen können wir hier noch viel Potenzial heben.“


## Disclaimer

Die Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg (UVB) sind die Stimme der Wirtschaft in der Hauptstadtregion. Wir stehen für 60 Mitgliedsverbände aus allen wichtigen Branchen, von der Autoindustrie bis zur Startup-Branche. Als Landesvereinigung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und Landesvertretung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) setzen wir uns für die Belange der regionalen Wirtschaft auf Bundesebene ein. Unser ordnungspolitisches Leitbild ist die Soziale Marktwirtschaft mit einem funktionierenden Wettbewerb. Für uns sind unternehmerische Freiheit, ökonomische Leistungsfähigkeit und Verantwortung für das Gemeinwohl untrennbar miteinander verbunden.

- Auf Xing teilen
- Auf Facebook teilen
- Auf X teilen
- Auf LinkedIn teilen

- Drucken
- Als PDF speichern

## Pressekontakt

Abteilungsleiter Presse und Kommunikation, Pressesprecher

Carsten

Brönstrup

Telefon:
+49 30 31005-114

Telefax:

+49 30 31005-166

E-Mail:
Broenstrup [at] uvb-online.de

Download VCF